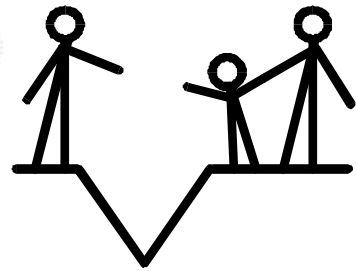


Väteraufbruch für Kinder

**Kreisgruppe Karlsruhe
Landesverband BW**



**An alle
Stadträtinnen und Stadträte
im
Stadtrat
der Stadt
Karlsruhe**

Es schreibt Ihnen:

Franzjörg Krieg
Durlacher Allee 24
75045 Walzbachtal
Sprecher des VAFK-Ka
Vorsitzender d. LV BW

☎ 0173 – 92 90 009
vafk-ka@gmx.de

Walzbachtal, den 20.06.2005

Nach Erstversendung an die Fraktionen erneute Versendung am 07.09.2005

OFFENER BRIEF

Genderpolitik in der Verantwortung der Stadt Karlsruhe Erweiterung der reinen Frauenförderung zur umfassenden Gleichstellungsbemühung

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Sprecher der Kreisgruppe des „Väteraufbruch für Kinder e.V.“ (und seit dem 04.06.2005 als 1. Vorsitzender des Landesverbandes BW des Väteraufbruch) beschäftige ich mich auch mit den gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen unserer Familienrechtspraxis.

Die Kluft zwischen Familienrecht und Familienrechtspraxis ist einerseits bestimmt durch inzwischen anzuzweifelnde Vorurteile wie „Kinder gehören zur Mutter“ oder „Die Mutter fürs Emotionale, der Vater fürs Finanzielle“.

Andererseits übt die ausschließliche Definition von Gender mainstreaming als „Frauenförderung“ einen ideologischen Druck aus, der der gesellschaftlichen Situation nicht mehr gerecht wird und einer angemessenen Umsetzung von geltender Gesetzgebung entgegen wirkt.

Die Auswirkungen im Bereich der Verantwortlichkeit der Stadt Karlsruhe kritisiere ich seit etwa 2 Jahren und stoße dabei immer wieder auf Ignoranz der verantwortlichen Zuständigen.

Anzeichen für die Fehlentwicklungen der letzten Jahre sind z.B.:

- die ausschließliche städtische Finanzierung von Frauenförderung ohne Kontrolle der wirklichen Gender-Tauglichkeit
- die Praxis des Gewaltschutzes in Karlsruhe
 - In diesem Zusammenhang scheuen sich Verantwortliche der Stadt nicht, Äußerungen zu publizieren wie „Gewalt zuhaus´, Mann muss raus“ (öffentlich in einer Publikation der Stadt) oder „Häusliche Gewalt ist männlich“. Diese Äußerungen sind inzwischen als ideologisch verzerrt und damit als volksverhetzend erkannt. Die Gleichstellungsbeauftragten im städtischen Bereich haben

in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren total versagt und haben pauschale Diskriminierung von Männern unwidersprochen unterstützt.

- Mit Stand vom Oktober 2003 verzeichnete die Platzverweisstatistik im Raum der Stadt Karlsruhe 375 Platzverweise – 374 gegen Männer, 1 gegen eine Frau. Für Frauenförderposteninhaberinnen ist dies ein bewusst instrumentalisiertes Indiz dafür, dass Männer in Karlsruhe 374 mal gewalttätiger seien als Frauen. Damit wäre Karlsruhe ein sehr besonderer Ort weltweit. Realistischer ist, dass diese städtische Statistik das Ausmaß der Diskriminierungsmechanismen gegen Männer in Karlsruhe eindrucksvoll demonstriert. Spätestens seit dem Referat über die neue Untersuchung des Bundesfamilienministeriums zu den Gewaltwiderfahrnissen von Männern am 27.10.2004 im JUBEZ ist dies auch in Karlsruhe bekannt.
 - Auch wenn die Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen einen Mann wegen offensichtlichen taktischen Falschvorwurfes der Frau einstellt, bleibt der Mann als Gewalttäter in der städtischen Gewaltschutzstatistik gelistet. Eine als Gewalttäterin im häuslichen Bereich verurteilte Frau erhält aber keinen Platzverweis, um damit aus der Statistik heraus gehalten werden zu können – so geschehen im Zuständigkeitsbereich des Landkreises Karlsruhe unter der Verantwortlichkeit der Abteilungsleiterin des Jugendamtes im Landratsamt, gleichzeitig „zielgruppenorientiert“ arbeitende „Ansprechstelle für Frauenfragen“ und damit wohl als Leiterin eines Frauenbüros geeignet, als Abteilungsleiterin eines Jugendamtes aber nicht haltbar.
 - Die immer noch aktuelle Ausgabe der Gewaltschutzbrochüre der Stadt Karlsruhe ist ein entlarvendes Dokument dieser diskriminierenden Mechanismen. Beispiel: Wenn einerseits eine Kindesmörderin in Karlsruhe als hilfsbedürftige Verzweifelte definiert wird, erklärt die städtische Gewaltschutzbrochüre jeden ungeprüft als Täter bezeichneten Mann als grundsätzlich nicht therapiebedürftig und voll verantwortlich.
 - Die verantwortlichen Politiker wimmeln jeden Versuch, auf diese Zusammenhänge aufmerksam zu machen, kategorisch ab. Die Verantwortlichen des Arbeitskreises Gewalt haben inzwischen erkannt, dass viele Fehler gemacht wurden, wollen aber ihr Gesicht nicht verlieren und wiegeln ebenfalls ab. Sie werden aber nicht umhin können, im Hintergrund gegenzusteuern, weil sie ihre Fehleinschätzungen als geoutet erkennen müssen.
- Die Stadt Karlsruhe finanziert ein „Kinderbüro“, das ideologisch verzerrt als „Frauen-“, oder „Mütterbüro“ geführt wird und dessen Leiterin sich als ideologische Wortführerin eines Geschlechterkampfes präsentiert (arte-Dokumentation vom 22.03.2005, Organisation der Tagung vom 13.11.2002). Als gesellschaftspolitische Aktivität eines freien Verbandes mag dies noch erklärbar sein, als öffentlich finanzierte kommunalpolitische Orientierung einer Stadtverwaltung ist dies – nüchtern betrachtet – peinlich.

Dabei bekommt die Stadt Karlsruhe in ihrem Umfeld weiterentwickelte Konzeptionen vorgelebt:

- Die nicht nur feigenblattmäßig so benannte, sondern auch tatsächlich als solche agierende Gleichstellungsbeauftragte der Partnerstadt Halle, Frau Schmotz, ermöglichte am 06. und 07.11.2004 in der Stadthalle in Halle den Familienkongress des VAFK zum Thema „Genderpolitik – und wo bleiben die Männer?“
- Die Stadt Stuttgart hat inzwischen auch eine Umorientierung für notwendig erachtet, eine städtische Gleichstellungsbeauftragte berufen und den städtischen Gleichstellungsbeirat mit mehr Männern besetzt. „Grund für die Umbesetzung des Beirats ist eine veränderte Sicht auf die bisher vorrangig als Frauenförderung verstandene Gleichstellungspolitik. Die neue Zielvorgabe heißt Chancengleichheit für alle.“

Die Stadt Karlsruhe kann kurzfristig an der alleinigen Konzeption ihrer Frauenförderpolitik festhalten oder aber offen sein für eine realistische Sicht der gesellschaftlichen Wirklichkeit und längst überfällige Konzepte verwirklichen.

Ob dies wie in Stuttgart über die Berufung einer Gleichstellungsstelle, die Institutionalisierung eines Gleichstellungsbeirates, durch Ergänzung einer Frauenbeauftragten durch einen Männerbeauftragten zum Gleichstellungsbüro oder durch entsprechende andere Konzepte geschieht, ist nicht erheblich. Bedeutend ist, dass eine ideologisch verzerrte Verwirklichung kommunalpolitisch finanzierter Konzepte an eine gesellschaftliche Realität angepasst wird und dass sowohl Frauen wie auch Männer nicht weiterhin einseitig und vorurteilsbeladen vordefiniert, sondern adäquat an der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung beteiligt werden.

Alle meine Äußerungen über die diskriminierende Behandlung von Männern im Zuständigkeitsbereich der Stadt Karlsruhe kann ich durch Briefwechsel und Fallbeispiele umfassend belegen und stehe für nähere Erläuterungen sowohl für Gremien als auch für verantwortliche Einzelpersonen gerne zur Verfügung.

Schon ausgearbeitet liegen vor und können angefordert werden (gerne per E-Mail):

- Analyse zur Diskriminierung von Männern im Zuständigkeitsbereich der Stadt Karlsruhe
- Analyse zur Gewaltschutzbroschüre der Stadt Karlsruhe
- Bericht zur Fachtagung vom 13.11.2002
- Wortprotokoll zu den Äußerungen von Frau Dr. Susanne Heynen beim arte-Themenabend vom 22.03.2005
- Analysen von Zeitungsartikeln der Verantwortlichen zum Thema Gewaltschutz in Karlsruhe
- Artikel in den Stuttgarter Nachrichten vom 19.03.2005: „Mehr Männer im städtischen Gleichstellungsbeirat“

und vieles weitere Material zur Situation der Genderpolitik in Karlsruhe

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Gerd', written in a cursive style.